

Ressort: Politik

Innenministerium: Bund bezahlt keine Gewerkschafter

Berlin, 09.03.2017, 01:00 Uhr

GDN - Der Bund bezahlt anders als viele Bundesländer keine Gewerkschaftsfunktionäre. "Im Bundesinnenministerium und seinem Geschäftsbereich ist kein Beschäftigter zum Zwecke einer gewerkschaftlichen Tätigkeit ganz oder teilweise freigestellt", sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums der "Berliner Zeitung" (Online-Ausgabe).

"Lediglich gewählte Personalrätinnen und Personalräte werden nach Maßgabe des Bundespersonalvertretungsgesetzes von ihrer dienstlichen Tätigkeit freigestellt, wenn und soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben als Personalrat erforderlich ist." Er fügte hinzu: "Diese Form der Freistellung erfolgt unter Fortzahlung der Bezüge. Sie umfasst jedoch keine Tätigkeiten zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden." In den Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums fallen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-86353/innenministerium-bund-bezahlt-keine-gewerkschafter.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com